

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

10.05.2021

Ausschussbetreuender Fachbereich

Jugend und Soziales

Schriftführung

Miriam Tomechna

Telefon-Nr.

02202-142865

Niederschrift

2. Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach Sitzung am Donnerstag, 08.04.2021

Sitzungsort

Spiegelsaal, Bürgerhaus Bergischer Löwe, Konrad-Adenauer-Platz 3, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:26 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe TOP Ö1 der Niederschrift

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift aus den Sitzungen vom 13.08.2020 & 26.11.2020 - öffentlicher Teil**
- 3 **Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5** **Beteiligung des Integrationsrates an der Auftaktveranstaltung „Lasst uns über Rassismus sprechen“ im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2021**
0027/2021
- 6** **Beteiligung am Fotowettbewerb „An(ge)kommen – Der Rheinisch-Bergische Kreis – mit meinem Blick“**
0228/2021
- 7** **Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach am Programm des Landesintegrationsrates "10+1 Bäume für die Opfer des NSU"**
0218/2021
- 8** **Anträge der Integrationsratsmitglieder**
- 8.1** **Antrag des "Bündnis für Vielfalt und Chancengleichheit" und eines Integrationsratsmitglieds vom 04.03.2021 (eingegangen am 05.03.2021): Weiterförderung des Projekts "AnBe"**
0216/2021
- 8.2** **Antrag von Mitgliedern des Integrationsrates vom 19.03.2021 (eingegangen am 23.03.2021): Antrag auf Änderung der "Benutzungs- und Gebührensatzung der städtischen Unterkünfte"**
0227/2021
- 9** **Anfragen der Integrationsratsmitglieder**
- 9.1** **Anfrage des Integrationsratsmitglieds Haleh Bagherzadeh vom 21.02.2021: Fragen zur Tagesordnung und Themen der Sitzung vom 28.01.2021**
0220/2021
- 9.2** **Anfrage des "Bündnis für Vielfalt und Chancengleichheit" vom 05.03.2021: Mehrsprachige Informationen zur Corona-Schutzimpfung/ zum Impfzentrum**
0219/2021

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Krasniqi, eröffnet die 2. Sitzung des Integrationsrats in der laufenden Wahlperiode und gibt die Namen der nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Frau Aghazadeh wird von Herrn Farzenehfar vertreten, Frau Bagherzadeh wird von Herrn Durgun vertreten, Frau Cetinkaya-Roos wird von Frau Aslan vertreten und Herr Schütz wird von Herr Schöpf vertreten.

Anschließend stellt Herr Krasniqi die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sodann werden Frau Serpil Aslan und Herr Cemal Durgun unter Verlesung des Verpflichtungstextes in feierlicher Form als Mitglieder im Integrationsrat eingeführt und zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Teilnehmerverzeichnis:

Aufgrund der pandemischen Lage wurde kein Teilnehmerverzeichnis zur Unterschrift herungereicht, sondern die anwesenden Teilnehmer/innen von der Schriftführerin wie folgt erfasst:

Mitglieder:

Aslan, Serpil
Bhattacharjee, Michaela
Dr. Bollen, Ottavia
Durgun, Cemal
Farzenehfar, Ramin
Kalamenios, Iraklis
Krasniqi, Kastriot
Dr. Mayer, Hartmut
Samirae, Frank
Tollih, Redouan
Yayla, Alperen
Opiela, Brigitta
Schacht, Rolf-Dieter
von Berg, Gabriele
Satler, Johanna
Klupp, Martina
Stauer, Ute
Schöpf, Günther

Verwaltung:

Tillmann, Uwe
Tomechna, Miriam

2. Genehmigung der Niederschrift aus den Sitzungen vom 13.08.2020 & 26.11.2020 - öffentlicher Teil

Herr Farzanehfar teilt mit, dass er keine Niederschrift erhalten habe. Frau Tomechna (Verwaltung) erläutert, dass die gewählten Mitglieder des Integrationsrats die Unterlagen an die Stellvertretungen weiterleiten müssen, wenn diese das erste Mal an einer Integrationsratssitzung teilnehmen.

Herr Farzanehfar äußert, dass er als Stellvertretung von Frau Aghazadeh teilnimmt, da sie nicht mit der Entwicklung der Arbeit des Integrationsrats zufrieden sei.

Die Niederschriften werden einstimmig bei 2 Enthaltungen genehmigt.

3. Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende Herr Krasniqi bittet darum, dass die Sitzung aufgrund der Corona-Pandemie zeitlich möglichst kurz gehalten wird.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Beteiligung des Integrationsrates an der Auftaktveranstaltung „Lasst uns über Rassismus sprechen“ im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2021
0027/2021

Herr Krasniqi erläutert, dass die Veranstaltung bereits stattgefunden hat, aber erst jetzt über die Beteiligung beraten wird, da die Integrationsratssitzung im Januar aufgrund der Corona-Pandemie ausgefallen ist.

Herr Farzanehfar äußert, dass er an der Veranstaltung teilgenommen habe, aber mit der Umsetzung nicht zufrieden gewesen sei. Er fand, dass die Plattform „Youtube“ nicht ausreichend Beteiligungsmöglichkeiten für die Besucher geboten habe und dass er seine ethnische Herkunft durch die Moderatoren nicht ausreichend repräsentiert fand. Außerdem meint Herr Farzanehfar, dass einer der Veranstalter, der Fachdienst für Integration und Migration der Caritas, finanzielle Fördermittel erhalten würde und sich der Integrationsrat mit seinem gering verfügbaren Budget nicht in Höhe von 925€ beteiligen solle. Daher schlägt er vor, dass der Förderbetrag entweder auf 300€ herabgesetzt wird oder die Beschlussfassung vertagt und geprüft wird, ob eine Doppelförderung der Caritas vorliegt.

Frau Stauer teilt mit, dass sie den Betrag in Höhe von 925€ angemessen fände, da es hier nicht um die Förderung der Caritas ginge, sondern vor allem darum, ein deutliches Zeichen zu setzen, dass der Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach die Internationalen Wochen gegen Rassismus unterstützt.

Herr Krasniqi meint, dass die Veranstaltung den Rassismus im Allgemeinen und nicht nur bestimmte ethnische Gruppen betrachtet habe, sodass die ethnische Herkunft der Moderatoren nicht ausschlaggebend gewesen sei.

Herr Tollih bedankt sich zunächst bei den vielen ehrenamtlichen Helfern der Veranstaltung. Er erläutert, dass sie die Veranstaltung zum ersten Mal online durchgeführt hätten und dies nicht so einfach gewesen sei wie die Durchführung einer Präsenzveranstaltung. Jedoch hätten die Präsenzveranstaltungen immer 30-50 Teilnehmer gehabt, während diesmal 150 Teilnehmer erreicht werden konnten.

Des Weiteren merkt Herr Tollih an, dass die Veranstaltung bereits stattgefunden hat und Zugeständnisse über die Höhe der Förderung gemacht wurden. Er bittet darum, dass die Veranstaltung in der vereinbarten finanziellen Höhe gefördert wird, damit die Organisatoren die Veranstaltungsreihe weiterhin durchführen können.

Frau Klupp fügt hinzu, dass eine solche Diskussion im Vorfeld einer Veranstaltung angebracht ist, aber da diese schon stattgefunden habe, nicht im Nachhinein die Förderung verweigert werden sollte. Darüber hinaus möchte Frau Klupp wissen, wie viele Mittel dem Integrationsrat insgesamt zur Verfügung stehen, damit die Förderhöhe für zukünftige Projekte besser eingeschätzt werden kann.

Herr Tillmann (Verwaltung) erläutert, dass die Abstimmung über die Förderung eigentlich vor der Durchführung der Veranstaltung stattfinden sollte, aber aufgrund des Ausfalls der Integrationsratssitzung im Januar nicht mehr erfolgen konnte. Die Verwaltung hat aber mit dem Vorstand des Integrationsrats vorab diskutiert, ob eine Zusage der Förderung vertretbar ist, obwohl der Beschluss erst jetzt gefasst werden kann.

Herr Farzanehfar stellt den Antrag, dass die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung vertagt und geprüft wird, ob eine Doppelförderung der Caritas vorliegt.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich bei 2 Enthaltungen)

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei 2 Enthaltungen)

Der Integrationsrat beschließt zur Durchführung der Veranstaltung „Lasst uns über Rassismus sprechen“ im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2021, Mittel aus dem Integrationskonzept in Höhe von 925 € zur Verfügung zu stellen.

Der Beschluss sollte zunächst in der Sitzung am 28.01.2021 gefasst werden, welche aufgrund der pandemischen Lage ausgefallen ist.

6. **Beteiligung am Fotowettbewerb „An(ge)kommen – Der Rheinisch-Bergische Kreis – mit meinem Blick“**
0228/2021

Herr Krasniqi (Vorsitzender) fragt, wer Interesse an der Teilnahme als Jurymitglied hat. Vorgeschlagen werden Frau Dr. Bollen als Jurymitglied und Frau Satler als Stellvertretung.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)

Der Integrationsrat wählt Frau Dr. Bollen als Jurymitglied sowie Frau Satler als Stellvertretung für den Fotowettbewerb „An(ge)kommen - Der Rheinisch-Bergische Kreis - mit meinem Blick“.

7. **Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach am Programm des Landesintegrationsrates "10+1 Bäume für die Opfer des NSU"**
0218/2021

Herr Tollih merkt an, dass in der Beschlussvorlage keine Details enthalten sind wie beispielsweise der Standort, die Finanzierung und die Instandhaltung. Daher stellt er den Antrag, dass der Beschlussvorschlag in einen Prüfauftrag an die Verwaltung geändert wird, um die fehlenden Informationen bis zur nächsten Sitzung zusammenzutragen.

Herr Tillmann (Verwaltung) erläutert, dass die Prüfung sehr umfangreich ist und daher höchstwahrscheinlich nicht bis zur nächsten Sitzung fertig gestellt werden kann.

Herr Farzanehfar schlägt vor, den Hindenburgplatz als möglichen Standort zu prüfen, da zurzeit diskutiert würde, den Platz in „Friedensplatz“ umzubenennen, und das Projekt thematisch dort hinpassen würde.

Herr Tillmann antwortet, dass die Verwaltung diesen Standort bereits geprüft hat, aber der Platz für die Anordnung der Bäume im Sinne des Projekts nicht geeignet ist.

Herr Tollih erläutert, dass die Befürchtung bestehe, der Beschluss würde ohne genaue Angaben zur Finanzierung und Umsetzung nicht vom Rat beschlossen werden. Bisher stünde ein Betrag von 50.000€ im Raum, für den das Projekt definitiv nicht umgesetzt werden würde. Andere Gemeinden hätten aber Lösungen für 1500-7000€ gefunden. Daher appelliert Herr Tollih an die Verwaltung, erst noch mehr Details zusammenzutragen.

Frau Bhattacharjee fragt, ob für die Umsetzung des Projekts eine Frist besteht. Herr Tillmann verneint dies.

Herr Farzanehfar meint, dass es viele Fördermöglichkeiten für solche Projekte gäbe und schlägt vor, einen Arbeitskreis zu schaffen, welcher die Umsetzungsmöglichkeiten prüfen könnte.

Frau Stauer äußert, dass Ihrer Meinung nach auch zunächst mehr Details ausgearbeitet werden sollten, hat aber auch Verständnis für die Verwaltung, dass die umfangreichen Recherchen nicht bis zur nächsten Sitzung fertig gestellt werden könnten. Frau Stauer schlägt daher vor, dass im Beschlussvorschlag eine andere Frist für die Fertigstellung festgelegt wird. Des Weiteren meint Frau Stauer, dass ein Arbeitskreis nicht geeignet sei, da die Umsetzung des Projekts viele Fachkenntnisse erfordern würde, welche die Fachkräfte der Verwaltung besser beurteilen könnten als möglicherweise die Mitglieder des Integrationsrats.

Herr Schöpf schlägt vor, dass der Beschluss auf die nächste Sitzung vertagt wird, und die Verwaltung bis dahin so viele Informationen zusammenträgt, wie es möglich ist. Sollte die Verwaltung dann nicht ausreichend Details vorlegen können, könnte der Grundsatzbeschluss noch immer gefasst werden.

Herr Krasniqi entnimmt dem Antrag von Herr Tollih und den Wortbeiträgen, dass der Beschluss in geänderter Form gefasst wird (siehe Beschlussfassung unten).

Der Integrationsrat fasst folgenden **geänderten**

Beschluss: (einstimmig bei 3 Enthaltungen)

Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst bis zur nächsten Sitzung den finanziellen Rahmen zu prüfen und die Details zur Umsetzung des Projekts auszuarbeiten.

8. Anträge der Integrationsratsmitglieder

8.1. Antrag des "Bündnis für Vielfalt und Chancengleichheit" und eines Integrationsratsmitglieds vom 04.03.2021 (eingegangen am 05.03.2021): Weiterförderung des Projekts "AnBe" 0216/2021

Herr Tollih möchte wissen, ob inzwischen weitere Informationen vorliegen über die Fortführung der finanziellen Förderung des Projekts.

Herr Tillmann (Verwaltung) berichtet, dass das Projekt eine wichtige Initiative darstellt, welche der Integrationsrat auch immer nach Kräften unterstützt hat. Allerdings war die vollständige Finanzierung des Projekts teilweise nur durch großzügige private Spenden gesichert, beispielsweise durch die Indus AG und den Träger - Frauen helfen Frauen e.V. - selbst.

Letztes Jahr wurde sich mit dem Träger vereinbart, dass das Projekt bis September 2021 finanziert und weitergeführt wird, aber unter der Bedingung, dass sich der Träger und die Verwaltung im ersten Quartal diesen Jahres für ein bewertendes Gespräch zusammenfinden. Dieses Gespräch hat mit dem Ergebnis stattgefunden, dass der Träger bereit ist, das Projekt noch für ein weiteres Jahr - d.h. bis September 2022 - zu unterstützen, darüber hinaus aber nicht mehr.

Des Weiteren hat sich eine Finanzierungsmöglichkeit durch das Kommunale Integrationszentrum ergeben, sodass der Betrieb in diesem Jahr bis Ende November 2021 verlängert werden kann. Darüber hinaus hat der Träger jedoch mitgeteilt, dass ein Betrag von 4000€ pro Monat notwendig ist, um die Fortführung des Projekts zu gewährleisten. Daher besteht für den Zeitraum Dezember 2021 bis September 2022 eine Deckungslücke in Höhe von 40.000€, welche geschlossen werden muss.

Frau Stauer teilt mit, dass ihre Koalition den expliziten Willen ausdrücken möchte, das Projekt unbefristet weiter zu führen, und dass entsprechende Finanzierungskonzepte und Förderungsmöglichkeiten gesucht werden würden. Durch die immer nur befristete Finanzierung sei es schwierig, fachkundiges Personal dauerhaft zu halten.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Dem Antrag wird zugestimmt.

8.2. Antrag von Mitgliedern des Integrationsrates vom 19.03.2021 (eingegangen am 23.03.2021): Antrag auf Änderung der "Benutzungs- und Gebührensatzung der städtischen Unterkünfte" 0227/2021

Frau Opiela äußert, dass die Benutzungsgebühr für ein Zimmer in der Gemeinschaftsunterkunft ca. 580€ kosten würde und es sich daher für die Bewohner, die überwiegend im Niedriglohnsektor arbeiten, kaum lohnen würde, arbeiten zu gehen. Frau Opiela erläutert, dass die Änderung der Satzung Anreize schaffen soll, eine Erwerbstätigkeit oder eine Ausbildung anzufangen. Bei der vorgeschlagenen Änderung haben sich die Antragssteller am Modell der Stadt Köln orientiert, welche eine Härtefallregelung habe, bei der sich Personen, welche in Arbeit oder Ausbildung gekommen sind, sich an das Amt für Wohnungswesen wenden könnten, wo ein sog. Auszugsmanagement den Personen hilft, in privaten Wohnraum zu ziehen, welcher in der Regel deutlich günstiger ist als die städtischen Unterkünfte. Bisher sei in der Satzung der Stadt Bergisch Gladbach geregelt, dass sich die Bewohner selbst darum bemühen müssen, privaten Wohnraum zu finden, was aber fast unmöglich sei ohne ehrenamtliche Unterstützung.

Frau Stauer möchte wissen, ob der Antrag darauf abzielt, dass im nächsten Haushalt eine zusätzliche Stelle im Amt für Wohnungswesen geschaffen wird, welche sich um das Auszugsmanagement kümmert.

Frau Opiela antwortet, dass der Antrag grundsätzlich beschließen soll, dass ein Auszugsmanagement eingerichtet wird, dass aber die Verwaltung dann noch prüfen müsste, wie dies am besten umgesetzt werden kann. Herr Krasniqi ergänzt, dass zunächst die Satzungsänderung beschlossen werden soll, weil dadurch automatisch die Pflicht für die Verwaltung entsteht, die Wohnungsvermittlung einzurichten.

Herr Tollih teilt mit, dass es in Köln so geregelt sei, dass das Auszugsmanagement ein Teil der Wohnungsvermittlung sei. Hier gehe es aber jetzt darum, die Verwaltung damit zu beauftragen, die Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen. Dabei könnte beispielsweise auch auf bereits bestehende Strukturen zurückgegriffen werden. Wichtig sei, dass Personen in städtischen Unterkünften, die einer Ausbildung oder einer Erwerbstätigkeit nachgehen, gezielt unterstützt werden, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Des Weiteren teilt Herr Tillmann mit, dass sich die Verwaltung im Vorfeld der Sitzung bereits mit dem Antrag befasst hat und es folgendes Statement gibt: „Die Unterstützung der Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlosen und Nichtsesshaften bei der Wohnungssuche wird auch von der Verwaltung als wichtige Aufgabenstellung gesehen. Diese sollte aufgrund der in Fachbereich 5 - ‚Jugend und Soziales‘ vorhandenen Kompetenzen im Umgang mit diesen Personengruppen dort wahrgenommen werden.“. Das bedeutet, dass die Vermittlung von privatem Wohnraum und entsprechende Betreuung zukünftig nicht mehr von der Wohnungsvermittlung im Amt für Wohnungswesen, Fachbereich 2, wahrgenommen werden soll, sondern als zielgruppenorientierte Dienststelle im Fachbereich 5. Weitere Details sind aber noch nicht ausgearbeitet, da das Thema erst relativ neu aufgekommen ist.

Frau Stauer möchte wissen, ob das von der Verwaltung angedachte Konzept dem bereits erwähnten Auszugsmanagement der Stadt Köln entsprechen soll. Herr Tillmann kann sich dies vorstellen und sieht erst einmal keinen Hinderungsgrund sich nicht ähnlich aufzustellen.

Frau Opila erläutert, dass es im Antrag konkret um die Personen geht, welche erwerbstätig oder in Ausbildung sind, da genau dafür Anreize geschaffen werden sollen. Alleine sei es für den betroffenen Personengruppe schwierig, eine Wohnung zu finden, mit Unterstützung gelinge dies jedoch. Die Personen benötigten jedoch nicht nur Hilfe bei der Vermittlung, sondern auch bei damit verbundenen Aufgaben, wie Mietvertrag oder Haftpflichtversicherung.

Frau Satler äußert, dass sie es begrüßt, dass das Thema bereits in der Verwaltung diskutiert würde. Dennoch fände sie den Beschluss einer Satzungsänderung wichtig, damit die Anreize für die Bewohner geschaffen werden können. Nach der Beschlussfassung kann sich die Verwaltung mit der konkreten Umsetzung befassen.

Herr Schöpf äußert, dass seine Fraktion es befürworte, solche Anreize für die Bewohner zu schaffen. Er finde aber den Textvorschlag nicht konkret genug, da die Formulierung „insbesondere“ bedeuten würde, dass mit den Härtefällen nicht nur die erwerbstätigen und sich in Ausbildung befindlichen Personen erfasst würden, sondern viele Personen darunter fallen könnten. Herr Schöpf schlägt daher vor, die Härtefälle im Satzungstext zu konkretisieren.

Herr Tillmann erläutert, dass die Textpassage ohnehin redaktionell überarbeitet werden müsste, wenn die Wohnungsvermittlung für die Bewohner von städtischen Unterkünften aus dem Bereich Wohnungswesen in den Fachbereich 5 - ‚Jugend und Soziales‘ wechseln würde. Eine unkonkrete Formulierung wie „insbesondere“ bietet den Vorteil, dass keine genaue positive und negative Härtefallliste definiert werden müsste. Herr Tillmann rät dazu, mit der genauen Festlegung der Textpassage abzuwarten, bis die Verwaltung die Umsetzungsmöglichkeiten prüfen konnte, damit dann die Textpassage entsprechend formuliert werden kann.

Herr Farzanehfar meint, dass die Motivation zu arbeiten oder sich eine Ausbildung zu suchen grundsätzlich vorhanden sei bei den Bewohnern der städtischen Unterkünfte. Er möchte wissen, wie die verfügbaren Ressourcen an Sozialwohnungen in Bergisch Gladbach im Vergleich zu Köln aussehen, konkret für den angesprochenen Personenkreis.

Frau Opiela antwortet, dass auch in Köln der Wohnraum knapp sei, aber es mit Unterstützung definitiv möglich sei, eine Wohnung zu finden. Daher würde die Aussicht auf Unterstützung die Bewohner nochmals motivieren für eine Arbeit oder Ausbildung.

Herr Tollih beantragt, dass der Antrag in einen Prüfauftrag für die Verwaltung umgewandelt wird. Die Verwaltung soll die Thematik mit allen Beteiligten nochmals vertiefen und einen Umsetzungsvorschlag erarbeiten.

Frau Bhattacharjee fragt, inwieweit die Satzungsänderung das Problem lösen würde. Sie würde vorschlagen, einen Arbeitskreis einzurichten, um das Thema tiefergehend diskutieren zu können.

Herr Tillmann erläutert, dass sich innerhalb der Verwaltung darauf geeinigt wurde, das Thema kurzfristig zu besprechen, auch vor dem Hintergrund, dass der Bürgermeister die Wohnungsvermittlung für die von ihm schon mehrfach benannten Gruppen im Fachbereich 5 - ‚Jugend und Soziales‘ ansiedeln möchte. Die Verwaltung muss sich aber erst einmal Gedanken darüber machen, wie dies umgesetzt werden kann. Des Weiteren möchte Herr Tillmann betonen, dass seine Kollegen im Fachbereich 5 schon jetzt viel Wert auf Netzwerkarbeit legen und daher auch Fachkenntnisse von Externen, wie freien sozialen Trägern und ehrenamtlich tätigen Kräften, in Prozesse mit einbeziehen würden. Möglicherweise ist dann auch keine Satzungsänderung notwendig, wenn ein detaillierter Handlungsrahmen für den Bereich der d Wohnungsvermittlung erarbeitet worden ist.

Der Integrationsrat fasst folgenden **geänderten**

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, die Thematik nochmals tiefergehend auszuarbeiten, die Mitglieder des Integrationsrats in die Diskussion mit einzubeziehen und einen Vorschlag für die Umsetzung zu erarbeiten.

9. Anfragen der Integrationsratsmitglieder

Herr Farzanehfar teilt mit, dass er im Vorstand des SoNett e.V. ist und über den Verein Fördergelder für soziale und integrative Projekte beantragt werden können. Des Weiteren verfügt der Verein auch noch über Masken, die an soziale Einrichtungen oder Bedürftige verteilt werden können. Bei Bedarf können sich die Mitglieder gerne an ihn wenden.

Herr Tollih möchte wissen, ob geplant ist, dass die mobilen Corona-Teststationen auch die städtischen Flüchtlingsunterkünfte regelmäßig besuchen.

Frau Dr. Bollen schließt sich der Anfrage von Herrn Tollih an und möchte darüber hinaus wissen, ob eine regelmäßige Durchführung der Corona-Schnelltests in den Unterkünften stattfindet. Des Weiteren fragt sie nach dem aktuellen Stand bei der Vereinbarung von Impfterminen für die Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte. Außerdem möchte sie wissen, inwiefern die Bewohner mit Infomaterial und Masken versorgt werden.

Frau Opiela schließt sich den Anfragen von Herrn Tollih und Frau Dr. Bollen an.

Herr Tillmann (Verwaltung) teilt mit, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

9.1. **Anfrage des Integrationsratsmitglieds Haleh Bagherzadeh vom 21.02.2021:**
Fragen zur Tagesordnung und Themen der Sitzung vom 28.01.2021
0220/2021

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

9.2. **Anfrage des "Bündnis für Vielfalt und Chancengleichheit" vom 05.03.2021:**
Mehrsprachige Informationen zur Corona-Schutzimpfung/ zum Impfzentrum
0219/2021

Herr Tollih teilt mit, dass er mit einer schriftlichen Beantwortung der Anfrage einverstanden ist, um die Dauer der Sitzung zu reduzieren.

Der Vorsitzende Herr Krasniqi schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:10 Uhr.

gez. Krasniqi
(Vorsitzender)

gez. Tomechna
(Schriftführerin)